

presse

AG Kultur und Medien

SPD und Grüne fordern gesetzliche Verankerung des Presse-Grossos

*Anlässlich der heutigen Beschlussfassung eines gemeinsamen Antragsentwurfes erklären der medienpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Martin Dörmann** und die medienpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Tabea Rößner**:*

Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen fordern die Bundesregierung in einem gemeinsamen Antrag auf, gemeinsam mit den Ländern eine gesetzliche Verankerung des neutralen Presse-Grossos sicherzustellen, um die Pressevielfalt an der Ladentheke dauerhaft zu gewährleisten. Nach den Entscheidungen des Bundesgerichtshofes und des Landgerichtes Köln ist der Erhalt des neutralen Pressevertriebssystems Presse-Grosso akut gefährdet.

Grundvoraussetzung für die Sicherung der Vielfalt unserer Presse- und Medienlandschaft ist neben den gesetzlichen Vorgaben eine funktionierende, flächendeckende und diskriminierungsfreie Vertriebsstruktur für Presseerzeugnisse. Zeitungen und Zeitschriften sind keine Ware wie jede andere, sondern Kulturgüter. Die Presse hat in unserer demokratischen Gesellschaft einen wesentlichen Anteil an der politischen Willensbildung. Aus der Vielfalt eines neutral bereit gestellten Angebots wählen zu können, ist zudem eine wichtige Voraussetzung für die individuelle Kaufentscheidung von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Aus diesem Grund fordern SPD und Grüne, dass im Rahmen der anstehenden Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ein gesetzlicher Rahmen für das neutrale Vertriebssystem Presse-Grosso geschaffen und eine Regelung eingefügt werden soll, die den Grossisten das zentrale Aushandeln von Handelsspannen durch ihren Berufsverband ermöglicht. Auch nach den Beschlüssen des Koalitionsausschusses ist eine derartige gesetzliche Verankerung im GWB nicht vorgesehen und entsprechende Ankündigungen der Bundeskanzlerin blieben bislang folgenlos. Nur durch eine solche gesetzliche Veranke-

Die Erhaltung des Systems des Presse-Grossos kann das neutrale Pressevertriebssystem dauerhaft erhalten und somit die Presse- und Meinungsfreiheit und Medienvielfalt gestärkt werden.